Beschluss Demokratisches Potsdam

Gremium: KMV Potsdam

Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

3354 **Neue politische Kultur, moderne Stadtverwaltung** 3355 **und Bürger*innenbeteiligung**

3356 Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten: Die Stadt gehört uns allen. Für
3357 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Demokratie
3358 ist kein starrer Rahmen, sondern einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel
3359 wollen wir aktiv im Sinne demokratischer Willensbildung voranbringen. Wir wollen
3360 direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung miteinander
3361 verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen.
3362 Wir stehen ein für größtmögliche Transparenz und einen fairen Umgang
3363 miteinander.

3364 Politik und Sprache gehören eng zusammen; Sprache gestaltet unsere Wirklichkeit.
3365 Deshalb gehen wir verantwortlich mit ihr und unserer demokratischen Streitkultur
3366 um. Wir ringen im Wettstreit um die besten politischen Lösungen mit der Sprache
3367 der Demokratie: der Wahrheit und der Vielfalt der Lebenswelten und Meinungen
3368 verpflichtet, durch Argumente und Zuhören immer bereit, politische Positionen im
3369 demokratischen Prozess zu verbessern. Wir lehnen demagogische oder digital
3370 erzeugte Verzerrungen der Wirklichkeit und die damit verbundenen Mittel der
3371 Falschmeldungen, unzulässigen Verallgemeinerung von Einzelfällen, Diffamierung
3372 von Andersdenkenden etc. grundsätzlich ab.

3373 **Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen in** 3374 **der Stadtpolitik ermöglichen – Engagement** 3375 **wertschätzen**

3376 Wir Bündnisgrünen sehen die repräsentative Demokratie als die geeignete Form der
3377 kommunalen Vertretung an; die kommunalen Entscheidungen geben Rechts- und
3378 Planungssicherheit für die Gestaltung von Potsdams Zukunft.

3379 Entsprechend werben wir für eine starke bündnisgrüne Fraktion im Potsdamer
3380 Rathaus und eine starke Wahlbeteiligung als Instrument der demokratischen
3381 Teilhabe für alle (wahlberechtigten) Menschen unserer Stadt.

3382 Durch Kommunalwahlen ist die Möglichkeit eröffnet, dass die Potsdamer*innen alle
3383 Bevölkerungsgruppen hindurch angemessen repräsentiert wird. Durch das starke
3384 Wachstum von Potsdam mit den vielen anstehenden Planungsentscheidungen auf allen
3385 Gebieten werden die ehrenamtlichen Stadtverordneten mit bis zu 20 Wochenstunden
3386 für notwendige Präsenz in Ausschüssen, im Plenum und der Vorbereitung von
3387 Anträgen und Reden in Anspruch genommen - kleinere Parteien noch mehr als
3388 größere. Politikentwicklung und innerparteiliche Diskussion kommen noch hinzu.

3389 Durch eine solche ehrenamtliche Regelung quasi für einen Halbtagsjob werden
3390 einige wichtige Bevölkerungsgruppen faktisch von der Möglichkeit ausgeschlossen,
3391 sich als Stadtverordnete zu bewerben und damit gut gesicherten Personen das

3392 politische Feld überlassen - zu Lasten einer echten Repräsentation der Potsdamer
 3393 Bevölkerung und damit zu Lasten der kommunalen Demokratie als Berücksichtigung
 3394 der Interessen und auch der Lebenswelten aller Bürger*innen.

3395 Diese sind beispielhaft: Junge Leute in Ausbildung; Rentner*innen mit knapper
 3396 Rente; Familien und Alleinerziehende, die keine Kinderbetreuung finanzieren
 3397 können, Niedriglohngruppen wie Altenpfleger*innen und Krankenhauspersonal;
 3398 Sozialhilfeempfänger*innen einschließlich Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt zur
 3399 Verfügung stehen müssen; Student*innen und junge Wissenschaftler*innen, die
 3400 wegen prekärer Einkommensverhältnisse Nebenjobs benötigen; Gründer*innen, die
 3401 Aufträge annehmen müssen etc.

3402 Dies alles sind Personengruppen, die für die Entwicklung von Potsdam zu einer
 3403 lebendigen und zukunftsfähigen Stadt wesentliche Ideen, Perspektiven, Interessen
 3404 und Know-How beizutragen haben. Sie sollten durch eine nennenswerte
 3405 Geldpauschale die Möglichkeit erhalten, sich an der politischen Willensbildung
 3406 in Potsdam zu beteiligen.

3407 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher vorschlagen, dass die Stadt Potsdam
 3408 für die Stadtverordneten eine Grundsicherungspauschale in den Haushalt aufnimmt.
 3409 Alternativ könnte ein Stiftungsfonds eingerichtet werden, der Stadtverordnete
 3410 nach sozialen Kriterien unterstützt.

3411 **Politische Bildung vorantreiben**

3412 Voraussetzung für eine starke kommunale Demokratie ist das Verständnis für
 3413 institutionelle Abläufe, die Möglichkeiten, als Bürger*in seiner Stimme Gehör zu
 3414 verschaffen und Rechenschaft der Mandatsträger*innen einzufordern. Es ist daher
 3415 zur Wahrung einer repräsentativen demokratischen Kommunalvertretung unabdingbar,
 3416 in die politische Bildung von allen Bevölkerungsgruppen zu investieren, auch
 3417 mehrsprachig und mit einfacher Sprache. Ganz besonders bewährt haben sich
 3418 Instrumente wie Planspiele, Jugend-Stadtverordnetenversammlungen und die
 3419 Nachstellung von kontroversen Entscheidungsprozessen.

3420 Um der Bürgerschaft bei der Gestaltung von Potsdam substantiell Rechenschaft
 3421 abzulegen und ihr eine „außerparlamentarische“ Stimme zur Teilhabe zu geben,
 3422 muss ein entsprechender Kulturwandel der Verwaltung stattfinden: der Wille,
 3423 aktiv die Bürgerschaft in die Lage zu versetzen, sich aufgrund von leicht
 3424 zugänglicher, gut aufbereiteter Information eine faktenbasierte Meinung zu
 3425 bilden.

3426 **Beteiligung ausbauen**

3427 Beteiligungsverfahren sind eine sinnvolle und gerade in einer dynamischen und
 3428 lebendigen Stadt wie Potsdam absolut notwendige Ergänzung zur repräsentativen
 3429 Demokratie. Sie bedeuten Chancen für Potsdamer Bürger*innen, sich an der
 3430 Gestaltung von Entscheidungen zu beteiligen. Sie bergen aber auch Risiken,
 3431 insbesondere können Beteiligungsverfahren durch Gruppeninteressen einseitig
 3432 gestaltet werden oder gar missbraucht werden. Essentiell sind daher
 3433 niederschwellige Angebote, die alle betroffenen Gruppen einbeziehen und
 3434 professionell betreut werden. Um ein Instrument der Konsensfindung zu sein muss

3435 außerdem von Politik und Verwaltung ein klares Bekenntnis gegeben sein, dass
3436 diese Prozesse ernst genommen werden und berücksichtigt werden.

3437 **Beteiligungswerkstätten bei Planungen** 3438 **verbindlich einbeziehen**

3439 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass besonders in den Frühphasen
3440 von Planungsverfahren das Werkstattverfahren zur Klärung von Interessen und
3441 Zielen verstärkt eingesetzt wird. Hier soll durch Verwaltungsvorschriften
3442 gesichert werden, dass Werkstattgespräche mit dem Ziel moderiert werden, alle
3443 Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen zu lassen.

3444 Die rechtlichen Grenzen dieses Instruments sind eng und binden die Verwaltung in
3445 ihrer Entscheidungsfindung nicht. Aufwand und Erwartungen an eine solche
3446 Beteiligungswerkstatt können nur gerechtfertigt werden, wenn eine ernsthafte
3447 Berücksichtigung der Werkstatteergebnisse gesichert ist, also eine politische
3448 Verbindlichkeit durch Politik und Verwaltung hergestellt wird. Daher sollte ein
3449 Monitoringsystem für die Umsetzung der Ergebnisse einer Beteiligungswerkstatt
3450 eingerichtet werden.

3451 **Vom Bürger*innenhaushalt zur Diskussion der** 3452 **Haushaltspolitik**

3453 Der sogenannte "Potsdamer Bürgerhaushalt" ist bislang lediglich ein Verfahren
3454 zur Sammlung von Ideen zum Haushalt. Es handelt sich daher um eine stark
3455 beschönigende Etikettierung, von Bürger*innenhaushalt zu sprechen, da er nicht
3456 mit entsprechender Gestaltungsmacht die Haushaltspolitik als solche betrifft.
3457 Wir schlagen vor, dass der "Bürgerhaushalt" weiterentwickelt wird und in ein
3458 Haushaltsaufstellungsverfahren mündet, in dem interessierte Menschen die
3459 Haushaltspolitik mit ihrer strategischen längerfristigen Ausrichtung
3460 mitdiskutieren können und ernsthaft gehört werden.

3461 Auch die Eingaben der Potsdamer Bürger*innen zum Potsdamer Haushalt sollte nicht
3462 ohne Begründungspflicht von der Verwaltung abgelehnt werden dürfen –
3463 Bürger*innen haben ein Recht darauf, zu verstehen, warum ihre Eingabe für die
3464 Verwaltung der Stadt nicht erfolgreich ist.

3465 Daher plädieren wir dafür, dass die Grundzüge der Haushaltspolitik verständlich
3466 publiziert und beraten werden. Dies bedeutet vor allem eine leicht verständliche
3467 Sprache, die alle verstehen können.

3468 **Bauen transparenter machen**

3469 Wir wollen, dass auf einer zentralen Vorhabenplattform im Netz alle größeren
3470 öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben der Stadt Potsdam veröffentlicht werden,
3471 einschließlich des Standes der Planung oder Umsetzung. Hier sollen auch direkt
3472 Beteiligungsverfahren zu jedem einzelnen Projekt gezeigt werden.

3473 **Direkte Demokratie stärken**

3474 Die direkte Demokratie ist nicht automatisch die bessere Form der
3475 Entscheidungsfindung, sie kann die Parlamente allerdings dabei ergänzen,
3476 Interessenskonflikte in einem formalisierten Rahmen zu lösen. Gerade kontroverse
3477 Debatten, die gesellschaftlich viel und emotional diskutiert werden, können so
3478 befriedet werden. Die Rahmenbedingungen für direktdemokratische Verfahren auf
3479 kommunaler Ebene sind von Landesgesetzen vorgegeben und stark eingeschränkt. Wir
3480 setzen uns auf Landesebene dafür ein, Bürger*innenbegehren zu stärken. Unter
3481 anderem wollen wir Quoren senken, die Unterschriftensammlung vereinfachen und
3482 auch Begehren zur Bauleitplanung oder zu Finanzthemen zulassen.

3483 In Potsdam wollen wir die Information und Beratung zu Möglichkeiten der direkten
3484 Demokratie verbessern, damit die existierenden Instrumente möglichst sinnvoll
3485 eingesetzt werden können.

3486 **Transparenz ernstnehmen**

3487 Alle Formen der demokratischen Teilhabe beruhen auf einer gemeinsamen
3488 Grundvoraussetzung: dass mündige Bürger*innen informiert diskutieren und
3489 entscheiden können. Wir wollen eine Debattenkultur, die auf der Basis von Fakten
3490 und gegenseitigem Respekt zu einem echten Austausch von Argumenten führt. Der
3491 Eindruck von Mausehelei und zurückgehaltenen Informationen gefährdet diese
3492 Debattenkultur, vereinfacht populistische Meinungsmache und verhindert eine
3493 umfassende Willensbildung.

3494 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und
3495 Verwaltungshandeln sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische
3496 Strukturen und die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Bislang ist es für
3497 Bürger*innen zu häufig nicht möglich oder mit großem Aufwand verbunden, die für
3498 sie relevanten Informationen zu bekommen.

3499 Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch eine Kultur der
3500 Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch veröffentlicht
3501 werden. Mit dem Open-Data-Portal ist Potsdam innerhalb Brandenburgs Vorreiter.
3502 Allerdings sind die Inhalte darauf bisher sehr eingeschränkt. Städte wie Hamburg
3503 und Bremen machen vor, wie viel mehr möglich ist. Im Zuge der ohnehin
3504 notwendigen Digitalisierung und der Einführung von immer mehr Elementen des E-
3505 Government, können Abläufe so angepasst werden, dass die Veröffentlichung ein
3506 selbstverständlicher Bestandteil der Bearbeitung eines Vorgangs wird.

3507 Ziel ist, dass alle Verwaltungsdaten, Verträge oder Gutachten, die keiner
3508 Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B. personenbezogene Daten oder als geheim
3509 eingestuft), in offenen, maschinenlesbaren Formaten proaktiv und zeitnah
3510 verfügbar gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch
3511 die Offenlegung von Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

3512

3513

3514

3515 Dafür machen wir uns stark:

- 3516 • faire Debattenkultur und ein Diskurs auf Basis von Fakten
- 3517 • mehr Bevölkerungsgruppen ein Engagement in der Stadtverordnetenversammlung
3518 ermöglichen durch eine Grundsicherungspauschale für Stadtverordnete
- 3519 • Stärkung der Bildungsangebote (bspw. Planspiele), insbesondere für Kinder
3520 und Jugendliche
- 3521 • Kulturwandel zu einer bürgernahen Verwaltung - Informationen besser
3522 aufarbeiten und Kontakt erleichtern
- 3523 • Stärkung des Werkstattverfahrens - häufigerer Einsatz, proaktive
3524 Einbindung betroffener Bevölkerungsgruppen und Überprüfung der Ergebnisse
- 3525 • Stärkung des "Potsdamer Bürgerhaushalt" - Durch niedrigschwellige Angebote
3526 echte Debatten zur strategischen Ausrichtung des Haushalts ermöglichen
- 3527 • zentrale Transparenz- und Beteiligungsplattform für alle Bauvorhaben
- 3528 • Veröffentlichung von Informationen und beispielsweise Bebauungsplänen auch
3529 in leichter Sprache bzw. für Kinder und Jugendliche verständlicher
3530 Sprache, um mehr Beteiligung zu ermöglichen
- 3531 • Verbesserung der Informationen und Unterstützung für Instrumente der
3532 direkten Demokratie
- 3533 • massiver Ausbau des Open-Data-Portals mit dem Ziel einer proaktiven
3534 Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten